Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 52 (1973)
Heft: 2

Artikel: Zwei sozialistische Regierungen im Stillen Ozean
Autor: Brügel, J.W.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338650

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Dr. J. W. Brügel

Zwei sozialistische Regierungen im Stillen Ozean

Es ist ein Zeichen unserer europäischen Überheblichkeit, dass wir erstaunt aufmerken, wnn wir hören, dass es in Australien und Neuseeland von nun an sozialistische Regierungen geben wird, und wissen gar nicht, dass die Arbeiterparteien dieser Länder zu den ältesten und zugleich im eigenen Milieu stärksten gehören. Gewiss, sowohl die australische als auch die neuseeländische Labour Party sind Gründungen britischer Einwanderer, aber die australische Partei wurde noch vor der British Labour Party ins Leben gerufen. Australien ist ein Bundesstaat wie die Schweiz, und im nördlichsten Gliedstaat Queensland (Hauptstadt Brisbane) hat es 1899 die überhaupt erste rein sozialistische Regierung der Welt gegeben. 1904 hat bereits die erste sozialistische Bundesregierung Australiens ihr Amt angetreten, als die sozialdemokratischen Parteien Europas noch die mögliche Situation erörterten, ob ihnen irgendwo ein Anteil an einer Koalitionsregierung eingeräumt werden könnte. Seitdem hatten sowohl Australien als auch Neuseeland wiederholt Labourregierungen, und die Parteien beider Länder, nach dem englischen System fussend vor allem auf der kollektiven Mitgliedschaft der Gewerkschaften, sind immer im eigenen Bereich die stärksten politischen Parteien. Sie gehören beide der Sozialistischen Internationale an, an deren Arbeiten sie sich aber wegen der geographischen Entfernung nicht beteiligen können; hingegen sind sowohl die australische als auch die neuseeländische Arbeiterpartei sehr aktiv in der vor zwei Jahren gegründeten asiatisch-ozeanischen Regionalorganisation der Internationale tätig. In Neuseeland waren es lächerliche Zufälle, in Australien die Widrigkeiten eines komplizierten Wahlrechts, die die Sozialisten lange von der Macht ferngehalten haben. 1949 sind sie in beiden Ländern nach langer Regierungstätigkeit bloss nach dem Prinzip «Gebt den anderen endlich auch einmal eine Chance!» in die Oppositionsstellung gedrängt worden. Nur in Neuseeland gelang es, für drei Jahre (1957-1960) die Regierungstätigkeit der bürgerlichen Gegenpartei zu unterbrechen. Davon abgesehen, waren die Sozialisten in beiden Ländern ganze 23 Jahre von der Ausübung der Macht ausgeschlossen, wiewohl sie fast immer an Wählerstimmen alle anderen überragten und ihnen oft nur ein bis zwei Sitze zur parlamentarischen Mehrheit fehlen. Dafür haben die neugewählten Labourregierungen in Australien wie in Neuseeland jetzt ausgiebige Mehrheiten. Aber trotz vieler verwandter Erscheinungen gibt es zwischen Australien und Neuseeland doch sehr wesentliche Unterschiede.

Neuseeland besteht aus zwei schütter besiedelten Hauptinseln, für deren etwa zwei Millionen Einwohner die Labourregierungen der dreissiger Jahre ein Paradies der sozialen Gerechtigkeit auf Erden geschaffen haben. Es war der erste Wohlfahrtsstaat der Welt, und das hatte seine Vorteile und

seine Schattenseiten. Die Vorteile bestehen in einer vorbildlichen, auf dem Grundsatz absoluter sozialer Gerechtigkeit aufgebauten Sozialpolitik und Sozialversicherung, in deren Rahmen vieles verwirklicht worden ist, was in andern Ländern der Welt von den sozialdemokratischen Parteien viel später und nach weit härteren Kämpfen durchgesetzt werden konnte. Der Nachteil ist, dass die neuseeländischen Sozialisten viel an politischem Schwung einbüssten in dem Augenblick, in dem sozusagen ihr ganzes ursprüngliches Programm erfüllt war. Es fehlte an zündenden Parolen. Für ein radikales Weitergehen, etwa für die Aufrichtung einer voll sozialistischen Gesellschaftsordnung in Neuseeland, waren die hiefür notwendigen Antriebe nicht gegeben: die Beseitigung der Not hat den Menschen die Sehnsucht nach einer ganz anders gearteten Idealwelt genommen. Dazu trat, dass die «Nationalpartei», wie sich die bürgerliche Konkurrenz nennt, im grossen und ganzen die von den Sozialisten geschaffenen Reformen akzeptiert hat, besser gesagt akzeptieren musste, um vor dem Volk bestehen zu können. Die konservativen Regierungen der letzten zwei Jahrzehnte haben alles das im Wesen unberührt gelassen, so dass dem Durchschnittsmenschen nicht ohne weiteres einleuchten musste, was die Wiederkehr einer Arbeiterregierung für ihn bedeuten würde. Das Wahlprogramm der Sozialisten hat sich darum 1972 eigentlich nur in Nuancen von dem der bisherigen Regierung unterschieden.

In Australien liegen die Dinge etwas komplizierter. Es ist nicht ein Wohlfahrtsstaat in einem vergessenen Winkel, «weit hinten in der Türkei». Es ist ein Kontinent für sich, wesentlich stärker industrialisiert als Neuseeland, mit einer der Arbeiterbewegung weit aggressiver gegenüberstehenden Bourgeoisie, mit einer grossen Welle neuer Einwanderer aus verschiedenen Teilen Europas und mit komplizierten internen Problemen. Die Arbeiterregierung der Nachkriegszeit hat strukturelle Reformen, wie eine Bankenverstaatlichund, angestrebt, was an bei den Haaren herbeigezogenen legalistischen Auslegekünsten gescheitert ist. So wie der damalige Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten viele der von Roosevelt angepackten Reformen als angeblich «verfassungswidrig» vereitelt hat, so hat es der Oberste Gerichtshof der Australischen Föderation mit dem Bankenverstaatlichungsgesetz der Regierung Evatt getan, das die Verfassungsbestimmung verletze, wonach der Handel zwischen den einzelnen Staaten frei sein müsse. (Hier wird ein von der sozialistischen Theorie bisher unbeachtet gebliebenes Problem der Unterordnung des Volkswillens unter ein vielleicht zufällig zustande gekommenes Gerichtsurteil angeschnitten.) Seither hat die australische Labour Party solche Pläne nicht wieder aufgegriffen. Sie ist auch jetzt nicht in den Wahlkampf mit dem Versprechen eingetreten, es grundsätzlich «anders» machen zu wollen als die bisherige Regierung, sie versprach nur, es «besser» machen zu wollen – und so wie in Neuseeland hat mehr die Unfähigkeit der bisherigen Regierung zum Wahlsieg der Opposition beigetragen als deren Programm. Die im ganzen Land

verbreitete Wahlparole der Partei war von einer bezeichnenden Kürze und einem charakteristischen Inhalt. Sie lautete einfach «Es ist Zeit». Diese Parole hat gewirkt wie ähnliche in Neuseeland, aber man darf daraus nicht den Schluss ziehen, dass die Sozialisten «Australasiens» oder «Ozeaniens» (wie man Australien zusammen mit Neuseeland und den anderen Inseln im Stillen Ozean nennt) schlechtere oder weniger bewusste Vorkämpfer des demokratischen Sozialismus sind als ihre Parteigenossen in Europa.

Ein grosses Handicap für die beiden Parteien, die nun die Regierung ihrer Länder übernommen haben, ist die Tatsache, dass wegen der langen Zeit in Opposition alle ihre Funktionäre mit Regierungserfahrung gestorben sind und die neuen Minister sich erst in der für sie ganz ungewohnten Position zurechtfinden müssen. Nur in Neuseeland hat der Vizepremier Hugh Watt Regierungserfahrungen aus den Jahren 1957 bis 1960. *Norman Kirk,* ursprünglich Lokomotivführer und jetzt Parteiführer und Premierminister von Neuseeland, ist in Europa von wiederholten Besuchen her einigermassen bekannt. *Gough Whitlam,* sein australischer Kollege, ein Rechtsanwalt von Beruf, gilt als der beste Redner im australischen Bundesparlament in Canberra, ist aber ausserhalb Australiens ganz unbekannt. Das wird sich jetzt insoweit ändern, als durch Kirk und Whitlam der demokratisch-sozialistische Einfluss sich sowohl in den Vereinten Nationen als auch im Commonwealth kräftigen wird, in dem jetzt nur Guayana in Südamerika, Malta, Singapur und einige westindische Inseln sozialdemokratische Regierungen haben. Bemerkenswert ist, dass den Maoris, die Neuseeland vor dem Eintreffen der Engländer und Schotten bewohnt haben, beziehungsweise deren Nachkommen, für deren Überleben als Volk nur die Labour Party ein Herz hat, eine Vertretung von zwei Ministern in der Regierung eingeräumt wurde, von denen eine eine Frau ist. Ähnliches kann man von der australischen Labourregierung zugunsten der Urbevölkrung ihres Landes erwarten, die ihrer Unzufriedenheit mit ihrer Lage kürzlich in grossen Demonstrationen Ausdruck gegeben hat.

Unter den gegebenen Umständen kann man von den beiden neuen sozialistischen Regierungen kaum viel mehr erwarten als einige aussenpolitische Aktivität. Innenpolitisch ist wohl nur die angekündigte Abschaffung der Wehrpflicht in Australien von einigem Belang. Die Anerkennung des kommunistischen Regimes in Peking und der Abzug von mehr symbolischen als ins Gewicht fallenden Truppenteilen aus Südvietnam sind heute keine aufregenden Angelegenheiten mehr. Populärer, wenn auch nicht gerade erfolgverheissend, werden offizielle australische und neuseeländische Proteste gegen französische Atomversuchsexplosionen auf Südseeinseln sein (Frankreich ist dem Testsperrvertrag nicht beigetreten). Aber der Sozialismus im Weltmassstab erfuhr eine nicht zu unterschätzende Stärkung, wenn die beiden wichtigsten Staaten Australasiens oder Ozeaniens von Sozialisten regiert werden.